

### Die politische Lage in der Auffassung der deutschnationalen Parteien.

Die „Politischen Tagebücher“ schreiben: Die politische Lage hat in den letzten Tagen eine Aenderung nicht erfahren. Bei den deutschen Parteien wurden zwar formelle Beschlüsse nicht gefaßt, aber es ist sozusagen *via facti* jener Zustand im Verhältnisse zur Regierung eingetreten, der unter dem Namen „Politik der freien Hand“ verstanden wird. Die Haltung der deutschen Abgeordneten wird sich also nach dem Tun und Lassen der Regierung richten. Das bedeutet an sich noch keine Absage an die Regierung; denn diese hat es ja in der Hand, durch ihr Verhalten das erwünschte Verhältniß zu den Parteien herzustellen. Ganz verfehlt wäre es jedenfalls, ein Abweichen vom Kabinette als Ablehr der Deutschen vom Staate hinzustellen. Die Deutschen haben jenes Oesterreich vor Augen, das von seinen äußeren Feinden überfallen und von inneren Feinden an seinem Lebensnerv bedroht wurde. Sie sind gewiß bereit, am Staate festzuhalten, für den sie gebliutet und den sie in Not und Gefahr beschirmt haben. Sie wollen dieses Interesse am Staate nicht aufgeben und müssen daher verlangen, daß ihn auch die Regierung selbst, mag es diese oder eine andere sein, nicht aufgibt und den inneren Feinden überläßt. Was die Deutschen wollen, ist die Ordnung und die Beherzigung der Lehren des Krieges, also die deutliche Absage an ein System, das die Gegner des Staates zu seinen Herren und Zuchtmeystern macht und das vaterlandstreu deutsche Volk in die Gegnerschaft zum Staate zu drängen versucht.

In der Richtung dieser Auffassung liegt es, wenn die deutschen Parteien für die Kriegsnotwendigkeiten auch fernerhin eintreten. Damit ist nicht gesagt, daß die Bewilligungen gerade der im Amte befindlichen Regierung gegeben werden müßten. Das hängt vielmehr lediglich von den Entschliessungen des Kabinetts ab, die der Beurteilung durch die deutschen Parteien unterliegen. Von einer Bindung der deutschen Abgeordneten, wie sie verlangt oder vorgeschlagen wurde, kann unter den obwaltenden Umständen keine Rede sein, um so weniger, als auf den meisten Gebieten keine Klarheit über die Absichten der Regierung besteht, weil sie sich die längste Zeit auf den Verkehr in Privatkreisen beschränkt hat. Damit hat sich der Kabinettschef vielleicht persönliche Freunde erworben, aber er hat nicht feste politische Grundlagen geschaffen. Auf diesem Gebiete ist vieles nachzuholen und ob das bis zum Dienstag der nächsten Woche geschehen kann, ist mehr als fraglich.

Wie immer sich aber die Dinge gestalten mögen, werden die deutschen Abgeordneten im Einklange mit ihrer Wählerschaft bleiben, die auf der Wahrung der berechtigten nationalpolitischen Interessen des deutschen Volkes besteht und die sofortige Lösung des Ernährungsproblems in einer Weise verlangt, die eine weitere Benachteiligung der Deutschen bei der Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel ausschließt.